

## Kommunale Wärmeplanung kann beginnen

Berlin – Die Bundesregierung hat einen wichtigen Baustein zum umstrittenen Heizungs-gesetz gelegt: Das Kabinett stimmte am Mittwoch für einen Gesetzentwurf zur kommunalen Wärmeplanung, die wiederum an das Gebäudeenergiegesetz geknüpft ist. Bürger sowie Gewerbetreibende sollen so Gewissheit über die künftige Wärmever-

sorgung vor Ort erlangen und darüber, ob sie ihre Heizung anpassen müssen.

Das Gesetz stammt aus dem Haus von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) und wurde gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium erarbeitet. „Wer ein Haus hat, will wissen, mit welchen Kosten für Energie in den nächsten Jahrzehnten zu rechnen ist“,

sagte Geywitz zu dem Entwurf. „Wer heute eine Mietwohnung sucht, schaut auch nach dem Energieverbrauch und fragt, mit welchem Energieträger geheizt wird.“ Auf all das gebe es künftig Antworten.

Die Wärmeplanung soll mit dem Gesetz flächendeckend für alle Bundesländer Pflicht werden: Großstädte ab

100 000 Einwohnern müssen dann spätestens ab Juli 2026 eine solche Planung vorlegen, kleinere Städte und Gemeinden ab Juli 2028. Für Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern sollen lockerere Vorgaben gelten, kleine benachbarte Gemeindegebiete dürfen dabei zusammenarbeiten. Die Fristen für die Wärmeplanung wurden an

die im Gebäudeenergiegesetz (GEG) angepasst. Beide Gesetze zum klimafreundlichen Heizen sind eng aneinander gekoppelt. Festgeschrieben ist dabei auch das Ziel, dass der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien und Abwärme 2030 im bundesweiten Mittel 50 Prozent betragen soll. Bis 2045 soll dann Klimaneutralität erreicht sein.

Das Heizungsgesetz sieht vor, dass neu eingebaute Heizungen künftig zu mindestens 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Diese Vorgaben gelten ab 2024 zunächst nur für Neubauten in Neubaugebieten. Bei allen anderen Gebäuden sollen die Kommunen zuerst ihre Wärmepläne vorlegen.

## „Nicht den Trends hinterherlaufen“

INTERVIEW Anlageberater Thomas Freiburger erklärt, wie Sparer ihr Vermögen sichern

München – Was Thomas Freiburger beruflich macht, hat Seltenheitswert: Er ist einer von 18 Honorar-Anlageberatern in Deutschland. Das Versprechen: Eine unabhängige Vermögensberatung – der Kunde zahlt dafür ein Honorar. Zwar gibt es hunderte Honorarberater in Deutschland, die Sache ist aber kompliziert: Freiburger ist Honorar-Anlageberater, das heißt, sein Wertpapierinstitut wird von der Finanzaufsicht Bafin beaufsichtigt und unterliegt Auflagen wie einem gesetzlichen Provisionsverbot. Im Unterschied zu Honorar-Finanzanlagenberatern, die nicht der Aufsicht der Bafin unterliegen, und nur zu Investmentfonds beraten dürfen, darf Freiburger alle Finanzinstrumente empfehlen – von der Einzelaktie bis zu festverzinslichen Wertpapieren. Wir sprachen mit dem Experten, wie man Geld am besten anlegt.



Geldanlage spielt sich nur zum Teil an der Börse ab (wie hier in Frankfurt). In ein Depot gehören auch immer stabilisierende Elemente, auch wenn sie wenig Rendite bringen.

FOTO: BORIS ROESSLER/DPA

**Der Deutsche Aktienindex Dax bewegt sich nach immer nahe seines Rekordstands. Sollen Anleger jetzt noch einsteigen?**

Das Thema interessiert mich natürlich, schließlich habe ich viele Jahre in Frankfurt als Broker gearbeitet. Für einen Honorar-Anlageberater ist das aber genau die falsche Frage. Nicht die Marktentwicklung sollte die Geldanlage treiben.

**Sondern?**

Man sollte sich komplett von Marktentwicklungen, aber auch Produkten wie Fonds oder ETFs im ersten Schritt lösen und sich zu allererst die eigene individuelle Situation anschauen.

**Das heißt?**

Zunächst einmal muss ich mir bewusst machen: Wie hoch ist mein monatliches Einkommen oder meine Rente? Habe ich Lebensversicherungen? Habe ich Immobilien? Bin ich mitten im Berufsleben oder stehe ich kurz vor der Rente? Und ganz wichtig: Für welchen Zweck soll das Geld überhaupt angelegt werden? Für die eigene Altersvorsorge? Für

**Angenommen, ich habe 100 000 Euro, weil beispielsweise eine Lebensversicherung ausgezahlt wurde und bin auf das Geld akut nicht angewiesen. Wie gehe ich vor?**

Auch diese Angaben genügen einem Berater wie mir noch nicht, tut mir leid.

**Dann nennen Sie ein konkretes Beispiel.**

Wir haben einen Angestellten, 60 Jahre alt, er geht jetzt in Altersteilzeit und plant seine Rente. Die gesetzliche Rente reicht ihm weitgehend, um den Lebensstandard zu sichern. Hinzu kommt eine schöne Betriebsrente, außerdem sind die Kinder aus dem Haus und versorgt, auch das Eigenheim muss nicht mehr abbezahlt werden – in so einem Fall kann man mit dem Geld alles Mögliche machen: In den Urlaub fahren, ein Wohnmobil kaufen – oder das Geld mit einer hohen Aktienquote anlegen.

**Was wäre das Maximum?**

Die Aktienquote sollte höchstens bei 50 oder 60 Prozent liegen, mehr sollten es nicht sein.



Thomas Freiburger, Honorar-Anlageberater

**Und wenn jemand nicht so betucht ist?**

Wenn jemand von den 100 000 Euro jeden Monat 200 bis 300 Euro herausnehmen muss, weil das Geld zum Leben sonst nicht reicht, muss ich das Geld defensiver anlegen. Dann muss ich Risiken minimieren, damit das Geld im Alter von 70 nicht weg ist.

**Wie wäre die Aktienquote im defensiven Portfolio?**

20 Prozent, nicht mehr.

**Und die restlichen 80 Prozent?**

Tagesgelder, Festgelder und Anleihen. Die Anforderung ist: Die Anlagen müssen sicher sein.

**Und vermutlich Zinsen abwerfen.**

Das wäre schön, Zinsen sind aber nicht die Hauptanforderung bei einer defensiven

Geldanlage, sondern Stabilität. Der risikoarme Teil einer Geldanlage sollte als eine Art Anker betrachtet werden. Er gibt dem Anleger die Sicherheit, die er benötigt, um die Schwankungen des risikobehafteten Teils auszuhalten – unabhängig vom Zinsniveau. Wir haben auch in der Nullzinsphase unseren Kunden Bundesanleihen oder Pfandbriefe empfohlen – obwohl es darauf keine Zinsen gab.

**Und wie legt man Festgelder an?**

Über Zinstreppen. Man kauft Festgeldanlagen oder Anleihen mit unterschiedlichen Fälligkeiten: Ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre und vier Jahre. Nach einem Jahr ist die erste Anlage fällig, das Geld kann bei Bedarf verwendet werden – oder wieder in vierjähriges Festgeld anlegt werden. Das bedeutet: Jedes Jahr werden Gelder frei und ich kann mich jedes Jahr neu entscheiden, diese Gelder wieder in Festgeld zu investieren.

**Bei welchen Banken würden Sie Festgelder kaufen?**

Wir empfehlen nur deutsche Banken mit einer Einlagensicherung bis 100 000 Euro, da sind wir streng. Wir empfehlen keineswegs Banken im europäischen Ausland nur we-

gen ein paar Prozentpunkte mehr. In der Eurozone gibt es immer das Risiko einer Änderung des Währungskorbes souveräner Staaten.

**Wie gehen Sie beim offensiven Teil vor? Welche Aktien empfehlen Sie? Ein breit gestreuter Indexfonds wie einen ETF auf den MSCI World?**

Investmentfonds auf sehr viele Aktien aus aller Welt sind ein guter Start. Wegen ihrer hohen Bewertung sind Technologie-Titel wie Apple oder Microsoft im MSCI World Index aber sehr stark gewichtet. Das heißt, der Index bildet immer auch Trends ab – seien es Anlagemoden wie Wasserstoff oder Künstliche Intelligenz. Als Anleger sollte man solchen Trends aber nie hinterherlaufen.

**Wie geht das?**

Der MSCI World hat 1600 Aktien – wir haben mit weltweit über 13 000 Aktien eine breitere Streuung und gewichten auch anders. Wir raten zu Fonds, die Indizes nicht sklavisch nachahmen, sogenannte Anlagenklassen-Fonds.

**Was ist das denn?**

Dahinter stecken auch Indexfonds, die werden nach wissenschaftlichen Kriterien aber

noch einmal strukturiert und gewichtet – weniger große und teure Unternehmen, aber mehr kleine und günstiger bewertete Unternehmen. Dann liegt nicht nur Tesla als dickes hoch bewertetes Paket im Fonds, sondern auch Autohersteller mit einer geringeren Bewertung. BMW kann schließlich auch Autos bauen.

**Kann diese Anlagenklassen-Fonds jeder kaufen?**

Exchange Traded Funds, ETFs, sind im Prinzip für Privatanleger konzipiert. Im Unterschied dazu sind klassische Investmentfonds, wie Indexfonds oder Anlageklassen-fonds, institutionellen Anlegern vorbehalten.

**Warum?**

Hintergrund ist, dass unsere Kunden mit ihren Fondsanteilen in der Regel nicht handeln, und das spart Kosten. Bei Retail-Produkten wie ETFs fallen durch den ständigen Handel Kosten an.

**Nur dürfte ein Berater wie Sie auch nicht gerade billig sein. Was verlangen Sie?**

Für die Finanzplanung geht es bei 800 Euro los. Am Ende hängt das Honorarangebot von der Komplexität der eigenen Vermögenssituation ab.

**Ganz schön teuer.**

Würde ich so nicht sagen: Wenn Sie 100 000 Euro anlegen, zahlen Sie bei Banken und Sparkassen schnell einen Ausgabeaufschlag von fünf Prozent – das sind 5000 Euro. Damit ist die Bank teurer.

**Welchen Ratschlag würden Sie jedem Sparer mit auf den Weg geben?**

Jeder Sparer sollte sich mit dem Thema Geldanlage beschäftigen und Rat einholen. Sollte ein guter Kontakt zur Hausbank bestehen, sollte man sich aber nicht scheuen, eine zweite Meinung eines unabhängigen Beraters einzuholen. Bei der Geldanlage macht man Fehler nur einmal – dann ist das Geld weg und es gibt keine zweite Chance.

Interview: Sebastian Hölze

### IN KÜRZE

#### Bayern: Weniger Aufträge am Bau

Die Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe sind im Juni um 8,5 Prozent auf 1,72 Milliarden Euro gesunken. Wie das Landesamt für Statistik mitteilte, stiegen die Umsätze gegenüber dem Vorjahresmonat nominal um 6,6 Prozent auf 2,01 Milliarden Euro. Die Zahl der Beschäftigten blieb mit rund 181 000 fast unverändert.

#### Norwegens Ölfonds legt mächtig zu

Der norwegische Ölfonds als größter Staatsfonds der Welt hat in der ersten Jahreshälfte erheblich an Wert gewonnen. Angetrieben von starken Aktienmärkten warf der Fonds eine Rendite von zehn Prozent beziehungsweise rund 1,5 Billionen norwegischen Kronen ab – umgerechnet ein Plus von mehr als 130 Milliarden Euro. Das Volumen des Fonds stieg bis zum 30. Juni um knapp 2,9 Billionen Kronen auf 15,3 Billionen Kronen (1,34 Billionen Euro).

#### Handelstarif: Noch immer keine Einigung

Auch die vierte Runde der Tarifverhandlungen im bayerischen Einzelhandel ist ohne Einigung zu Ende gegangen. Die Gewerkschaft Verdi kündigte an, ihre Warnstreiks fortzusetzen. Die Arbeitgeber haben für heuer 5,3 Prozent mehr Lohn und eine Einmalzahlung angeboten, für nächstes Jahr 3,1 Prozent. Verdi fordert eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2,50 Euro bei 12 Monaten Laufzeit.

#### E-Autobauer aus Vietnam an US-Börse

Der vietnamesische Elektroautohersteller Vinfast will ab Ende des Jahres Autos auch in den USA verkaufen und plant 2025 den Bau eines Werks im Bundesstaat North Carolina. Jetzt ging das Unternehmen in New York an die Börse, bis Handelsschluss stieg der Kurs der Aktie um fast 70 Prozent. Vinfast wird damit mit 23 Milliarden Dollar (21 Milliarden Euro) bewertet.

### BÖRSE

#### Konjunktursorgen bleiben im Fokus

Nach dem Kursrutsch am Vortag ist der Handel am deutschen Aktienmarkt zur Wochenmitte in ruhigen Bahnen verlaufen. Der Leitindex Dax pendelte um seinen Vortagsschluss. Präsent bleiben die jüngsten Belastungsfaktoren für die Börse wie die konjunkturelle Schwäche Chinas und die Sorgen der Investoren über weiter steigende Zinsen in den USA angesichts recht starker Konjunkturdaten in dem Land. Der Fokus richtete sich auf das Sitzungsprotokoll der US-Notenbank Fed. Am Dax-Ende fielen die Aktien von Bayer, nachdem die Privatbank Berenberg ihre Kaufempfehlung für die Papiere des Agrarchemie- und Pharmakonzerns gestrichen hatte. Der Geschäftszklus sei inzwischen abwärts gerichtet, schrieb Berenberg-Analyst Sebastian Bray. So dürfte Bayer Probleme haben, in den kommenden zwei Jahren die Ergebnisse zu steigern, vor allem in der Agrarsparte.

## Caravans gefragt

Düsseldorf – Die Caravaning-Branche blickt optimistisch in die Zukunft. „Die Auftragsbücher der Hersteller sind weiterhin gut gefüllt und die Nachfrage spartenübergreifend hoch“, teilte der Caravaning Industrie Verband (CIVD) mit. „Das Interesse an Reisemobilen und Caravans ist trotz aller Krisen ungebrochen groß und das Potenzial unserer Branche ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft“, erklärte Verbands-geschäftsführer Daniel Ongogwinarso.

Anlass war die Messe „Caravan Salon“, die am 25. August

in Düsseldorf öffnet. Zur 62. Ausgabe werden rund 750 Aussteller erwartet. 2022 besuchten rund 235 000 Menschen die Messe. Letzter Messtag ist der 3. September.

In den ersten sieben Monaten 2023 wurden laut Verband gut 63 000 Caravans und Reisemobile neu zugelassen, 2,4 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Während die Neuzulassungen bei den Wohnwagen mit gut 15 000 rund 11 Prozent unter dem Vorjahresniveau lagen, legte die Zahl bei den Wohnmobilen um 0,7 Prozent auf gut 48 000 zu.



Wohnwägen mit Platz – zum Beispiel für ein Boot – sind ein Anziehungspunkt für Reisebegeisterte auf der Messe.

## VW-Verfahren verzögert sich

Braunschweig – Das milliardenschwere Anlegerverfahren gegen den Volkswagen-Konzern und die Dachholding Porsche SE wegen des Dieselskandals verzögert sich erneut. Zwei Verhandlungstermine für Anfang September seien aufgehoben, weil die Vorbereitungszeit für Vernehmungen nicht ausreichte, teilte das Oberlandesgericht Braunschweig am Mittwoch mit. Einige der eingeklagten Zeugen berufen sich demnach auf ein aus ihrer Sicht umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht.

## China auf holprigem Weg

Peking – China stellt sich auf eine schwierige und lang anhaltende Phase der wirtschaftlichen Erholung ein. Das werde ein „holpriger und mühseliger Prozess mit Schwierigkeiten und Problemen“ werden, sagte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums in Peking. Der Westen mit seiner Kritik werde aber „eines Besseren belehrt“ werden. Zuletzt hatte China eine Reihe enttäuschender Konjunkturdaten vorgelegt, erst am Dienstag zum Umsatz im Einzelhandel sowie zur Produktion.